

Wir geben die Stadt den Bürgern zurück!

Fast sechzig Jahre nach Kriegsende und fast fünfzehn Jahre nach dem Fall der Mauer ist es Zeit, dass wir alle die Stadt so begreifen, wie sie ist. Nur wer Berlin in Geschichte und Gegenwart wirklich versteht, kann realistische Konzepte entwickeln und einen gangbaren Weg für die Zukunft beschreiben. Die Berliner CDU war und ist die Berlin-Partei, weil sie aus ihrem Selbstverständnis heraus immer einer Politik für die Menschen und der Lebenswirklichkeit der Stadt verpflichtet war. Berlin war Reichshauptstadt. Aber ebenso bedeutend war seine Funktion als Hauptstadt Preussens und als größte Industriestadt Deutschlands. Nationalsozialismus und Sozialismus haben die Stadt nacheinander ins Verderben gestürzt. Die ökonomische Basis, auf der diese Stadt zu ihrer Größe wachsen konnte, wurde Berlin über sechs Jahrzehnte durch die politischen Rahmenbedingungen entzogen und

durch Berlinhilfe und Berlinförderung recht und schlecht ersetzt. Es muss eine neue und dauerhafte Grundlage für Unternehmen und Arbeitsplätze, für Wirtschafts- und Steuerkraft geschaffen werden. Es geht um die Lebensgrundlage für die Menschen in Berlin. Das muss das erste Ziel allen politischen Handelns für Berlin sein. Übersteigerte Hoffnungen nach der Wiedervereinigung haben in Verbindung mit vielfachem Unverständnis und einer Reihe von Fehlentscheidungen dazu geführt, dass Berlin eine folgenreiche Entwicklung genommen hat. Vergeblich hatte sich Berlin gegen die wirtschaftlichen Fehleinschätzungen gewehrt. In Kenntnis der tatsächlichen Situation Berlins müssen wir gerade jetzt die Kraft aufbringen, die Fehler der Jahre nach 1990 zu korrigieren, eine tragfähige Hauptstadt-Konstruktion zu finden und die Stadt und ihre öffentlichen Finanzen in eine realistische Startposition

zu versetzen. Ohne Gemeinsamkeit und emotionalen Aufbruch der Berliner - aller Menschen die hier ihre Heimat gefunden haben - wird eine Zukunftsperspektive für die Stadt aber zu einer schwer verkäuflichen Ware. Regieren heißt Stimmung schaffen - nicht Stimmung machen. Aus Fehlern muss man lernen und Konsequenzen ziehen. Die Botschaft lautet: Wir haben verstanden. Es ist nicht Aufgabe des Staates oder von Politikern eine Geschäftsbank oder rein wirtschaftliche Unternehmungen zu betreiben. Berlin soll jetzt konsequent und beispielgebend für alle anderen Bundesländer den Rückzug auf die staatlichen Kernaufgaben antreten. Auch gegen den Widerstand von SPD und Gewerkschaften. Als Union sagen wir selbstbewusst: Politische Ernsthaftigkeit wird auch an der Bereitschaft zum Loslassen gemessen. Wir geben die Stadt den Bürgern zurück! Berlin als Heimat mit Zukunft muss die

Handschrift bürgerlicher Mitverantwortung für das Gemeinwesen tragen: Solidarität mit den Nachbarn, gegenseitige Toleranz, vielfache Möglichkeiten gemeinsamer Mitwirkung vor Ort sind der Weg in die Zukunft. Aufgabe von Politik ist es, so schnell wie möglich alle Rahmenbedingungen für eine breite bürgerliche Partizipation zu schaffen, damit die urbane Zivilgesellschaft der Millionenstadt wiedergeboren wird. Tabus und verkrustete Strukturen

aufbrechen sowie kreative aber zugleich realistische Zukunftsperspektiven formulieren - das muss künftig das Markenzeichen Berliner Politik werden. Berlin muss schleunigst wieder zukunftsorientiert regiert werden! Und dazu gehört auch eine faire finanzielle Ausstattung, welche der Hauptstadt einer Nation würdig ist. Berlin ist Dienstleister für Deutschland und für alle Einwohner der Bundesrepublik.

Sicherheit für alle - überall in Berlin

Sicherheit hat für die CDU Priorität. Ohne Sicherheit kann es kein funktionierendes Gemeinwesen geben. Garant für Sicherheit sind Polizei und Justiz. Sie sind finanziell so auszustatten, dass ihnen die Wahrnehmung ihrer Aufgaben möglich ist. Polizei und Justiz müssen in Berlin in die Lage versetzt werden, technisch und personell auf mindestens auf gleicher Augenhöhe mit Straftätern zu agieren. Zunehmend wird

die Bevölkerung unserer Stadt der Kriminalität schutzlos ausgeliefert. Mittlerweile sind bereits Kieze in Berlin entstanden, in denen staatliche Kontrolle zunehmend verloren geht. Die CDU fordert deshalb den Stellenabbau im Polizeivollzugsdienst und den Abbau von Polizeiabschnitten sofort zu stoppen. Der Freiwillige Polizeidienst sollte als ehrenamtliche Unterstützung für Ordnung und Sicherheit wieder eingeführt werden. Durch die Erweiterung

polizeilicher Befugnisse kann ein wirksamerer Schutz vor Verbrechen gewährleistet werden. Dazu gehört die Videoüberwachung gefährlicher Orte ebenso, wie die Ausweitung des Unterbindungsgewahrsams auf bis zu vier Tage und die gesetzliche Regelung des Finalen Rettungsschusses, um Leben von Opfern zu retten. Bei allen notwendigen strukturellen Veränderungen muss die Präsenz der uniformierten Polizei auf der Straße gewährleistet und weiter ausgebaut werden. Die Bekämpfung

der Kriminalität ist aber auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die in allen Bereichen der Politik Berücksichtigung finden muss. Hierbei kommt auch dem Erziehungsauftrag der Familien, Schulen und Kirchen eine wesentliche Bedeutung zu. Eine Spaßgesellschaft ohne kulturelle Leitlinien ist auf Dauer nicht zukunftsfähig. Die CDU wendet sich deshalb auch entschieden gegen die Verharmlosung oder Legalisierung von Drogen.

Entsprechend dem Grundsatz "Wehret den Anfängen" ist Straftaten beginnend bei der Klein- und Straßenstrafbarkeit unmissverständlich und entschieden zu begegnen. Der Schutz des Eigentums darf als Grundpfeiler einer liberalen Gesellschaft nicht vernachlässigt werden. Alle Beschädigungen oder Verletzungen des Eigentums müssen deshalb schnell und in geeigneter Form konsequent geahndet werden.

Berlin - Deutsche Hauptstadt im Herzen Europas

Berlin ist die Zukunftswerkstatt für die Nation. Die EU rückt mit dem Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten - ab 1. Mai 2004 - ihr Zentrum nach Osten. Berlin erhält dadurch die große Chance, nicht nur geografisch, sondern auch politisch und wirtschaftlich der Dreh- und Angelpunkt in einem europäischen Kraftzentrum zwischen London, Paris, und Moskau zu werden. Diese Positionierung ist der Grundstein für das neue Leitbild Berlins. Die föderale Struktur der Bundesrepublik kennt bislang keinen Sonderstatus für eine Kommune, die Aufgaben für die gesamte Nation erfüllt. Die Berliner CDU schlägt deshalb die Einsetzung einer „Royal Commission“ vor, die sich mit der Rolle Berlins als deutsche Hauptstadt, dem Verhältnis

der deutschen Nation zu ihrer Hauptstadt und mit Fragen der Lastenverteilung beschäftigt. Die Kommission sollte mit Vertretern aller gesellschaftlicher Gruppen und aus allen Regionen besetzt sein. Bei der Neuordnung der föderalen Struktur Deutschlands kann Berlin gemeinsam mit Brandenburg eine Vorbildfunktion einnehmen. Auch schon vor einer Länderfusion sollten möglichst viele Behörden und Institutionen zusammengelegt werden. Gerade in Berlin sollten neue Wege ausprobiert werden, die dazu beitragen, die Verkrustungen in unserer Gesellschaft aufzubrechen. Mit Bürokratieabbau, Gesetzen mit Verfallsdatum, E-Government oder Public-Private-Partnership könnte Berlin Pionierstadt für Modelllösungen werden. Die Berliner

CDU sieht es als eine Hauptaufgabe ihrer Politik an, den unter der großen Koalition eingeschlagenen Weg der Haushaltskonsolidierung weiter zu gehen. Das strukturelle Defizit im Personalhaushalt kann nur abgebaut werden, wenn sich das Land Berlin konsequent von nicht hoheitlichen Staatsaufgaben trennt. Öffentliche Aufgaben und Betriebe müssen konsequent privatisiert werden. Notwendig ist auch eine Flexibilisierung des Dienstrechts und der Vergütungsstrukturen im öffentlichen Dienst. Die Verwaltung muss eine dienstleistungsbezogene und kundenorientierte Organisationsform erhalten. Der Ausstieg aus der Subvention des sozialen Wohnungsbaus wird begrüßt. Die Belastungen der Stadt für bundesrechtliche Sozialleistungen

müssen dringend über eine Bundesratsinitiative - auch im Interesse anderer Gemeinden - neu geregelt werden. Darüber hinaus schlägt die Berliner CDU vor, die durch den sozialen Wohnungsbau in Berlin entstandenen Schulden sowie daraus resultierende Zinslasten in den Erblastentilgungsfonds

geführt werden und die Bezirksverordnetenversammlungen durch die Einrichtung von Ortsteilbeiräten unterstützt werden. Im Hinblick auf eine Länderfusion muss eine klare Kompetenzzuteilung zwischen der Gesamtstadt Berlin und ihren Bezirken erreicht werden.

Alle Beschlüsse in voller Länge auf www.cduberlin.de unter Politik und Beschlüsse



CDU Landesvorsitzender Joachim Zeller

Weitere Beschlüsse in Kürze

Umzug des BKA nach Berlin

Die Berliner CDU begrüßt die Überlegungen, Teile des Bundeskriminalamtes nach Berlin zu verlegen. Der Regierenden Bürgermeister wird aufgefordert, innerhalb der Konferenz der Ministerpräsidenten diesen Schritt wirksam zu unterstützen.

Integration von Ausländern

Der Entwurf der Niedersächsischen Landesregierung für ein Integrationsförderungsgesetz wird unterstützt. Dieser umfasst konkreter als das rot-grüne Zuwanderungsgesetz u.a. 930 Stunden für Sprachkurse sowie 30 Stunden für Kultur und Geschichte. Die Kurse richten sich auch die bereits rechtmäßig in Deutschland lebenden Ausländer. Eine finanzielle Beteiligung der Teilnehmer entsprechend ihren Möglichkeiten ist vorgesehen. Ein schuldhafte Fernbleiben führt zu einer Reduzierung von Ansprüchen auf staatliche Hilfe. Die Kosten dürfen nicht auf die Länder und Kommunen abgewälzt werden.

„Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin errichten

Die CDU Berlin begrüßt die Initiative der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“, eine Doku-

mentations- und Begegnungsstätte zu errichten, die sich der Vertreibungen der Deutschen nach Ende des Zweiten Weltkrieges, sowie der Vertreibungen anderer Völker widmen soll. Die CDU fordert die Bundesregierung auf, diese zu unterstützen und in Berlin ein nutzbares Gebäude zur Verfügung zu stellen.

Fortbestand der Berliner Bezirke

Die politische Selbstverwaltung der Bezirke ist Grundvoraussetzung für den Fortbestand bürgernahen Handelns. Deshalb tritt die CDU Berlin uneingeschränkt für den Fortbestand der Berliner Bezirke, ihrer politischen Repräsentanz, der Bezirksämter, sowie ihrer politischen Kontrollorgane, den Bezirksverordnetenversammlungen, ein.

Ordnung und Sauberkeit neu organisieren

Um Verwahrlosung und Ghettoisierung entgegen zutreten, fordert die CDU Berlin die Einrichtung von zentralen bezirklichen Ordnungsämtern. Ziel ist es dabei, Ressourcen in der Verwaltung zu bündeln und insbesondere uniformierte Außendienstmitarbeiter einzusetzen, die – mit dem Recht des unmittelbaren Zwangs ausgestattet – auf der Straße für jedermann sichtbar deutlich machen,

dass unser Gemeinwesen seine Ziele auch tatsächlich durchsetzen will und kann.

Verhinderung von Zentren verfassungsfeindlicher Organisationen

Die CDU Berlin fordert die Bundesregierung auf, geeignete Gesetzesinitiativen auf den Weg zu bringen, um Ansiedlungen von Versammlungs- und Ausbildungszentren von Organisationen mit nachweislich verfassungsfeindlichen Zielen zu verhindern.

Rücknahme von Streichungen bei Volkshochschuldozenten

Die Berliner CDU setzt sich dafür ein, dass die ungerechte Streichung der Zuschüsse zu den Sozialabgaben der Berliner Volkshochschuldozenten rückgängig gemacht wird.

Die Berliner Bürgerpartei CDU schaffen

Die CDU Berlin begrüßt die Beschlüsse des Bundestages der CDU-Deutschlands in Leipzig zur „Bürgerpartei CDU. Reformprojekt für eine lebendige Volkspartei.“ und die schnelle Umsetzung der Beschlüsse im Landesverband bis Ende 2004.